Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8371**

16. Wahlperiode 05. 03. 2008

Antrag

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zusammenarbeit der EU mit Russland stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hofft nach der Wahl Dmitri Medwedews zum Präsidenten der Russischen Föderation am 2. März 2008 auf eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit Russland. Diese ist dringend erforderlich, nachdem es aus unterschiedlichen Gründen zu Hemmnissen, Blockaden und Konflikten auf außenpolitischem, sicherheitspolitischem, energiepolitischem und dem Gebiet von Demokratieentwicklung und Menschenrechten gekommen ist. Sie ist wünschenswert, weil dies im gemeinsamen Interesse der Europäischen Union bzw. ihrer Mitgliedstaaten und Russlands liegt. Zu den Voraussetzungen einer solchen Entwicklung gehört die Formulierung gemeinsamer Haltungen in der Europäischen Union zu allen die Kooperation mit Russland betreffenden Fragen.

Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, dass eine Vertiefung der Zusammenarbeit beiden Seiten dient. Er ist weiter der Ansicht, dass Gesellschaften und Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union einerseits, Gesellschaft und Regierung der Russischen Föderation andererseits diese Überzeugung teilen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich bilateral und im Rahmen der Europäischen Union einzusetzen für

- die schnellstmögliche Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland unter Einbeziehung aller für ein solches Abkommen sinnvollen Themenfelder einschließlich der Fragen der Energiesicherheit, der Demokratisierung und der Rechtssicherheit;
- die Intensivierung der technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Umwelt- und Klimapolitik, der Energienutzung, der Energieeinsparung und der Entwicklung erneuerbarer Energienutzungsformen;
- die Weiterentwicklung staatlicher Regelungen für den gleichberechtigten Zugang von privatwirtschaftlichen Investitionen russischer Firmen in der EU und von Firmen aus der EU in Russland sowie die Garantie von Rechtssicherheit bei deren Umsetzung;

- die Stärkung der zivilgesellschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit auf gleichrangiger und gleichberechtigter Ebene in den dafür geeigneten Foren und Gremien, darunter dem „Petersburger Dialog“;
- die Einhaltung der kooperativen und für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gültigen Prinzipien und Regeln der die EU und Russland gemeinsam betreffenden Organisationen Europarat und OSZE, einschließlich des Büros für die Demokratischen Institutionen und die Menschenrechte ODIHR;
- die Intensivierung der politischen Konsultationen zu allen beide Seiten interessierenden und betreffenden Fragen im Rahmen der EU-Russland-Gipfel und weiterer Dialoggremien wie den regelmäßigen Menschenrechtskonsultationen;
- die Vereinbarung gleichberechtigter Regularien für die ungehinderte Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen sowohl russischer Herkunft in der EU als auch mit Herkunft aus der EU in Russland zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftlicher Tätigkeit;
- die Intensivierung von Konsultationen mit Russland über alle gemeinsam zu behandelnden außen- und sicherheitspolitischen Fragen und Konflikte mit dem Ziel einvernehmlicher Lösungen und Entscheidungen auf der Ebene der Vereinten Nationen, im transatlantischen und im europäischen Rahmen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung insbesondere auf, sich im Rahmen von Europäischer Union und NATO einzusetzen für

- die umgehende Unterzeichnung und Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrages durch alle Vertragsparteien sowie seine Weiterentwicklung mit dem Ziel, das konventionelle Rüstungsniveau in Europa weiter zu senken und die vertragsgestützte Rüstungskontrolle zu stärken;
- die Weiterverfolgung von Konsultationen mit Russland mit dem Ziel gemeinsamer Sicherheit bei einer Stationierung des US-Raketenabwehrschirms in Europa;
- eine Verhandlungslösung über eine für alle betroffenen und interessierten Anrainerstaaten akzeptable Gestaltung der North-Stream-Pipeline sowie für eine kostengünstige und umweltverträgliche bauliche Lösung.

Berlin, den 5. März 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Der neue Präsident Russlands hat sich für den Kampf gegen Korruption und für eine unabhängige Justiz ausgesprochen. Auch seine im Vorfeld der Wahlen demonstrierte Aufmerksamkeit für sozialpolitische Themen und eine von ihm signalisierte verstärkte Gesprächsbereitschaft mit den europäischen Partnern lassen auf eine gewisse Neujustierung der russischen Politik hoffen.

Gleichzeitig hat die Zentrale Wahlkommission die Kandidatur einer ganzen Reihe oppositioneller Präsidentschaftskandidaten abgelehnt oder verhindert. Eine regelgerechte Langzeitwahlbeobachtung durch die OSZE wurde bereits zum zweiten Mal unmöglich gemacht. Die Massenmedien sind nach wie vor un-

ter weitestgehender staatlicher Kontrolle, die Versammlungsfreiheit ist eingeschränkt geblieben. Nach wie vor werden Kritiker der Regierungspolitik mittels des Extremismusvorwurfes bedroht, viele Nichtregierungsorganisationen werden durch bürokratische Verfahren behindert. Unter Hinweis auf die vielfach notwendige westliche finanzielle Unterstützung für sie wird ihnen Kritik an Entwicklungen in Russland als antirussische Aktivität ausgelegt.

Das nach wie vor herrschende System der souveränen Demokratie dient nicht zuletzt zur Abwehr von Forderungen nach Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards, die für Mitglieder von Organisationen wie dem Europarat verbindlich sind. Auch die Beziehungen zur OSZE, zur Europäischen Union und zur NATO sind nicht frei von Spannungen, zum Teil bestehen offene Konflikte. Insgesamt ist die Zusammenarbeit mit Russland weit entfernt von einem Niveau, wie es in vielen Absichtserklärungen angestrebt wird und in Abkommen vereinbart ist. Von einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union kann derzeit keine Rede sein.

Die Wahl Dmitri Medwedews zum Präsidenten Russlands gibt Anlass, eine Belebung und Verstärkung der Kooperation mit Russland einzufordern. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft auf beiden Seiten. Russland als Teil Europas und sein – u. a. durch die Mitgliedschaft im Europarat demonstriertes – Selbstverständnis als europäischer Staat sollten dabei nach wie vor ernst genommen und als Grundlage einer auf gemeinsamen Interessen basierenden Zusammenarbeit verstanden werden.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333